

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanhalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt; Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Maß, Datenorthograf und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegerühr für Inseraten und Anstalt beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 89.

Donnerstag, den 30. Juli 1925.

18. Jahrgang.



Keine neue Inflation!

Bei der Beratung der großen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, die nun schon seit Wochen den deutschen Reichstag beschäftigen, hat die Reichsregierung immer wieder vor einer allzu optimistischen Beurteilung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage gewarnt. Insbesondere hat der Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen bei allen Gelegenheiten, bei den Ausschußberatungen wie im Parlament selbst, ein ziemlich düsteres Zukunftsbild entworfen. Dieser pessimistische, von der Reichsfinanzministerin übrigens seit ihrem Amtsantritt hervorkehrt, kennzeichnet ihn zwar als einen Staatsmann, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist. Immerhin wäre es wohl erwünscht, daß in der heutigen Zeit, in der der darwinistischen Wirtschaft etwas Zubericht und Unternehmungslust so nötig ist, wie irgend etwas, in den Vermutungen auch einige Hoffnungstropfen geträufelt würden. Die Zukunftsmöglichkeiten haben schließlich doch zwei Seiten, und erst vor wenigen Tagen hat sich der amerikanische Reparationsagent Gilbert ziemlich zuversichtlich ausgesprochen. Gewiß, uns fehlen noch Kapitalien, aber nicht der Kredit, und in der gegenwärtigen Welt ist das Bedürfnis anerkannt, daß Deutschland den ihm gebührenden Platz in der Wirtschaft wieder einnimmt. Darum das Vertrauen wahren, halten, damit nicht allerlei Ungewissheiten Platz greifen, die schon heute zutage treten. Die Geschäftslage ist zu fördern, aber nicht durch Deklamationen vor zu schlag-n. Das ist unklar.

Die Sicherung der verschiedenen Lebensmittelehrteile ist die doch angezielt der guten Ernte nur als ein Übergang anzusehen, ist sollte am allermeisten als Mittel benutzt werden, um Sonderinteressen oder gar vorwärtlichen Freiheiten zu dienen. In der Bevölkerung sind Beschränkungen im Umlauf, daß die Verteuerung der Lebensmittel eine neue Inflation herbeiführen werde. Wenn die Reichsbank einmal außerhalb ihres Hauses auf die Stimmen der Käufer hören würden, so würden sie überall solche laugbaren Aeußerungen vernehmen können, die natürlich jenes tatsächlichen Grundes entbehren. Demjenigen, die aus erhöhten Preisen Nutzen ziehen wollen, ist das Gerücht von einer erneuten Inflation wie auf die Mühle ihrer geschäftlichen Schlaubeit, um seinen stärksten Ausdruck zu gebrauchen, und sie fördern es noch, und eben deshalb sollte alles geschähen, im Volke die Stimmung zu heben. Der ungerechtfertigte Pessimismus kann nicht weniger nachteilig wirken als unbeschränkter Optimismus.

Der Begriff der Inflation wird heute von den sorglosen Gemütern, die ihre Wiederkehr befürchten, vollständig verkannt. Inflation bedeutet Verleserungsmutung mit emwertetem Gelde. Zu die'ser Zweck muß also erst eine Entwertung des umlaufenden Papiergeldes stattfinden, und davon kann zur Stunde keine Rede sein. Die bodenlose Entwertung der Mark von 1923, eine Goldmark gleich einer Billion Papiermark, war zudem nicht allein eine Folge der fehlenden Golddeckung, sondern fast noch mehr des künstlich gehaltenen Mißtrauens gegen die deutsche Währung und der rücksichtslos gesteigerten Spekulation. Die neue Reichsmark hat durch eine vorhandene Golddeckung ihren festen Wert, der auch durch eine Veräußerung von Waren und Fabrikaten nicht vermindert werden kann, und das Dawesabkommen, mag es auch sonst seine Fehler haben, ist ein guter Regel gegen fremde Geschäftsinteressen und Spekulationen. Eine neue Entwertung der Mark ist also ausgeschlossen und erst recht eine unzulässige Herstellung weiterer Papiergeldmengen. Sollte das auch nur versucht werden, woran natürlich nicht zu denken ist, so wäre dem kontrollierenden Reparationsagenten eine Berechtigung zum Einschreiten gegeben. Wir haben also keine neue Inflation zu befürchten und kaum ebensowenig eine pessimistische Entwicklung unserer Finanzlage. Dazu ist die deutsche Wirtschaftslage schon zu eng mit der Weltwirtschaftslage verbunden.

Die Krise im Ruhrbergbau.

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fand im Arbeitsministerium eine außerordentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaften Ruhrbergbau statt, um die wirtschaftlichen und sozialen Räte, die sich aus der schweren Krise des Steinkohlenbergbaues ergeben haben und noch ergeben können, eingehend zu besprechen und nach Maßnahmen zur Verringerung der Krise und Not zu suchen. Bei den Besprechungen wurde folgendes Ergebnis erzielt:

In der Bezirksarbeitsgemeinschaft des Ruhrbergbaues in Essen wird eine besondere Kommission die Entlassungen im einzelnen erörtern und berockte Klagen der Arbeitnehmer künftighin abstellen. Im Reichsarbeitsministerium soll zu Beginn nächster Woche eine Besprechung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern darüber veranstaltet werden, was für die Entlassenen insbesondere durch Verpflanzung in andere Berufe, Umzielungen und Notstandsarbeiten geschehen kann. Die soziale Belastung des Bergbaues wird das Reichsarbeitsministerium in einer besonderen Verhandlung mit Vertretern der Ruhrnahrungsgüter, der Zechenbesitzer und der Bergleute feststellen.

Zu den im Umlauf befindlichen Gerüchten, wonach der Ruhrbergbau vom Reich einen Kredit von 15 Millionen Mark erhalten soll, verkundet von zuständiger Stelle, daß diese Nachricht den Tatsachen ungenügend ist. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Verhandlungen bezüglich einer eventuellen Stützungsaktion im Ruhrbergbau noch nicht ihr Ende erreicht haben.

Die Ruhrbergleute beim Reichskanzler.

In Anwesenheit des Reichsarbeitsministers wurden die Vertreter der Ruhrbergarbeiter und Bergbauangestellten, sowie die Vertreter der Metallarbeiterverbände vom Reichskanzler empfangen. Die Aussprache drehte sich vor allem um die Frage, wie die sozialen Lasten zu mindern sind, um die Unterbringung der Entlassenen und die Arbeitszeitfrage in Verbindung mit der steuerlichen Belastung der Betriebe. Auch die Frage der Reichskredite für den Bergbau soll erwogen werden.

Der Schutz der Währung.

Keine Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

In der letzten Zentralauschüßung der Reichsbank gab Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Überblick über die gegenwärtige Finanz- und Währungslage.

Darauf ist der Reichsbank die Aufrechterhaltung der deutschen Währung bisher in vollem Umfang gelungen. Der deutschen Wirtschaft werde so weit geholfen, als die Reichsbank es mit dem Schutz der Währung vereinbaren könne. Auf das Mittel der Kreditreduktion könne die Reichsbank auch weiterhin nicht verzichten, wenn nicht der Finanzmarkt vollständig in Anordnung gebracht werden soll. Eine Erhöhung des Reichsbankdiskonts komme nicht in Frage.

Nach den Angaben des Reichsbankpräsidenten machen die Zahlungen des Zentralbankdienstes der Dawes-Anleihe, für die Reparationsausgaben an England usw. mehr als 250 Millionen Reichsmark in Devisen aus. Trotz dieser Belastung, die noch durch die Sachlieferungserfordernisse vergrößert werde, ist es der Reichsbank gelungen, nennbar ihren Goldbestand auf 1100 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Die Erhöhung soll fortgesetzt werden, da, nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten, trotz des Zinsausfalles die Deduktion in geringstem und ungenügendem Maße für eine Notenbank bei weitem vorzuziehen ist.

Der Saarstreit.

Abweisung der Lohnforderungen durch den französischen Arbeitsminister.

Die Vorstellung, die saarländischen Bergarbeiter bei der Pariser Regierung sind, wie man im Saargebiet von vornherein befürchtete, ergebnislos geblieben. Der französische Arbeitsminister erklärte der Abgeordneten der Saarbrücker, daß dem Wünsche an-

genüberung nicht namgenommen werden könne, da nur die Saarbergarbeiter bereits ein Ausnahmehonorarier befehle, nach dem die Bergarbeiter des Saargebietes besser als die französischen Arbeiter gestellt seien. Die unmittelbare Folge dieser Abgabe dürfte sein, daß sich der Streik im Saargebiet auf die Metallarbeiter und auf die anderen Industrien ausdehnen würde.

Inzwischen haben auch die Angestellten der Saargruben zur Lage Stellung genommen und ihre Organisationen beauftragt, der Bergverwaltung eine Eingabe zu überreichen, in der sofortige Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat der Saargruben gefordert werden, da die Gehälter der Grubenangestellten ebenso wie die Löhne der Bergarbeiter einer Verbesserung bedürfen. Ferner wurde beschlossen, daß die Angestellten während des Ausstandes der Bergarbeiter jede Arbeit, die für gewöhnlich von Arbeitern ausgeführt wird, ablehnen sollen.

Die katholische Geistlichkeit des Saargebietes hat in einem Telegramm an den französischen Arbeitsminister die Bitte ausgesprochen, der materiellen Lage der Saarbevölkerung eine bessere Grundlage zu geben.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Juli 1925.

Der Reichswirtschaftsminister hat an den Präsidenten des Industrie- und Handelsstaats Franz von Wendelsohn anlässlich seines 60. Geburtstages Glückwunschtelegramme gesandt.

Die Ruhrnahrung und abbesetztes Gebiet. Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages verlangt in einer kleinen Anfrage Auskunft, welche Sicherungen getroffen seien, um zu verhindern, daß die Räumung des Einbruchgebietes und der Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf nicht zu härteren Bedingungen des abbesetzten Gebietes führt.

Die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen? Der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertrag Verhandlungen hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach polnischer Auffassung die Verhandlungen ohne formelle Unterbrechung in der Weise weitergehen sollten, daß die beiden Delegationen sich spätestens am 16. September, gegebenenfalls auch schon früher wieder vereinigen sollten, um die Verhandlungen zu einem provisorischen oder definitiven Abschluß zu bringen. Der deutsche Bevollmächtigte, Staatssekretär Dr. Dewald, hat darauf erwidert, die deutsche Delegation sei jederzeit bereit, die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu prüfen, sobald sich die deutsche Delegation auf Grund neuer Erklärungen der polnischen Delegation vor einer veränderten Verhandlungslage gestellt sähe, die für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen Aussicht böte.

Die Verpflegung von Dienstwohnungen in Preußen. Auf Beschluß des preussischen Staatsministeriums dürfen Inhaber von Dienstwohnungen oder fiskalischen Mietwohnungen grundsätzlich an ihren Wohnungen nur dann, wenn das Dienstgebäude selbst befragt wird, und nur in den verfassungsmäßigen Farben des Reiches, des Landes, der Provinz oder der Gemeinde flaggen.

Ärzte und Krankenkassen. Auf dem deutschen Ärztekongress in Baden wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Versammlung erkennt nach wie vor die Bedeutung des Arztstandes bezüglich der Verringerung und Förderung der Volksgesundheit in vollem Umfang an und hält eine fröhliche Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Krankenkassen in beiderseitigem Interesse der Allgemeinheit für unbedingt erforderlich. Bei aller Anerkennung dieser Grundsätze müsse jedoch gefordert werden, daß das Selbstverwaltungsgesetz der Kassen in seiner Weise beeinträchtigt oder besetzt wird. Die Höhe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Kassen finden in dem Best der nächsten Tagung wurde dort mund bestimmt.“

